

RENATE RASTÄTTER
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

70176 Stuttgart
Konrad-Adenauer-Str. 12
Tel.: 0711 2063-680
Fax: 0711 2063-660
e-mail: Renate.Rastatter@gruene.landtag-bw.de

Tierschutzinfo - Kein Zurück zur Käfighaltung -

Liebe Tierschützer,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben möchte ich Sie gerne über unsere aktuellen Landesinitiativen zum Tierschutz informieren.

1. Keine Rückkehr zum Käfig

Seit Renate Künast die neue tiergerechte Handlungsverordnung von Legehennen gegen den massiven Widerstand der Käfiglobby durchgesetzt hat, versuchen die CDU - regierten Länder im Bundesrat, diesen großen Fortschritt für den Tierschutz wieder rückgängig zu machen. Jetzt wird sogar die Vogelgrippe als Argument dazu genutzt, dass man die Hühner wieder in Käfige sperren müsse. In den nächsten vier Wochen wird die Entscheidung im Bundesrat darüber getroffen, ob die Laufzeit für die herkömmlichen Käfige über 2007 hinaus verlängert wird und ob die so genannten „Kleinvolieren“ dauerhaft zugelassen werden. Diese „Kleinvolieren“ sind aber nichts anderes als strukturierte Käfige. Wir Grünen sagen, „Käfig bleibt Käfig“ und werden mit Entschiedenheit dafür kämpfen, dass es keine Rückkehr zum Käfig gibt.

Auch Sie können etwas tun: Schreiben Sie an Ministerpräsident Oettinger und Landwirtschaftsminister Hauk und fordern Sie, dass der Antrag der Bundesländer NRW, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern, die Laufzeiten für den Batteriekäfig zu verlängern und den strukturierten Käfig (Kleinvoliere) dauerhaft zuzulassen, im Bundesrat abzulehnen ist.

Anlagen: Abgeordnetenbrief von MdL Renate Rastätter an den baden-württembergischen Landwirtschaftsminister Hauk vom 18.3.05;
Pressemitteilung der grünen Landtagsfraktion vom 18.3.03

Link: Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: „Käfig weg“
http://www.gruene-bundestag.de/cms/agrar_verbraucher/dok/115/115043.htm

2. Tierschutz im Unterricht

Als bildungspolitische und tierschutzpolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion habe ich die beiden wichtigen Themen Tierschutz und Bildung in einem Antrag thematisiert und gefordert, dass der Tierschutz einen höheren Stellenwert in der Bildung unserer Kinder erhält.

Der ethische Tierschutz und konkrete Tierschutzthemen müssen in den Bildungsplänen aller Schularten und Klassenstufen enthalten sein. Wir brauchen spezielle MultiplikatorInnen für die Fortbildung der Lehrkräfte für Tierschutzthemen und für die Erstellung von Handreichungen und Materialien für den Unterricht in tierschutzrelevanten Themen.

Dringend notwendig sind Kooperationen von Schulen mit den anerkannten Tierschutzverbänden für Tierschutzprojekte, vor allem auch an Ganztagschulen. Wir Grünen wollen auch flächendeckende Kooperationen von Schulen mit den Bioverbänden und Naturschutzverbänden erreichen, damit Kinder und Jugendliche die artspezifischen Bedürfnisse von Tieren in der Landwirtschaft kennen lernen und erfahren, dass die Herstellung, der Preis und der Konsum von Lebensmitteln auch etwas mit den ethischen Werten einer Gesellschaft zu tun haben. Außerdem brauchen wir Anreize für das Engagement von Schülerinnen und Schülern für den Tierschutz. Wir wollen erreichen, dass der Tierschutzpreis für Schülerinnen und Schüler statt nur alle zwei Jahr jährlich ausgeschrieben wird und dass nicht nur die 5. und 6. Klassen, sondern alle Klassenstufen sich am Wettbewerb beteiligen können.

Wir Grünen setzen uns auch für eine Ausweitung des Ethikunterrichts ab der ersten Klasse ein. In diesem Werte erziehenden Unterricht können Kinder in besonderer Weise für einen humanen Umgang mit unseren Mitgeschöpfen, den Tieren, sensibilisiert werden.

Link: Antrag „Tierschutz im Unterricht“ vom 13.1.06 (Drs. 13/5042)

http://www3.landtag-bw.de/WP13/Drucksachen/5000/13_5042_D.PDF

3. Wichtige tierschutzpolitischen Initiativen aus dem Jahr 2005

Verbandsklage

Im letzten Jahr haben wir Grünen als erste Fraktion eines Bundeslandes einen Gesetzentwurf zur Einführung der **Verbandsklage für Tierschutzverbände** in den Landtag eingebracht (Drs. 13/3203) Wie befürchtet, wurde er von der CDU/FDP – geführten Regierungsmehrheit im Landtag abgelehnt. In einigen anderen Bundesländern haben Grüne Landtagsfraktionen unseren Gesetzentwurf übernommen und ebenfalls in ihre Landtage eingebracht. Leider müssen wir davon ausgehen, dass noch viel Bewusstseinsveränderung und Überzeugungsarbeit notwendig ist, bis wir das Ziel der Verbandsklage auf Landesebene und schließlich auf Bundesebene erreichen.

Link: Antrag Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände

http://www3.landtag-bw.de/WP13/Drucksachen/3000/13_3203_D.PDF

Tierversuche

Wir Grünen wollen die tierversuchsfreie Forschung in Baden-Württemberg stärken und Tierversuche schrittweise überwinden. Um aufzudecken, in welchem Umfang die Infrastruktur für Tierversuche in Baden-Württemberg ausgebaut wird, haben wir exemplarisch die Planungen für das neue **Tierversuchslabor „Theoretikum“ an der Universität Freiburg** abgefragt (Drs. 13/4696). Dabei haben wir eng mit der Tierschutzinitiative Freiburg (tif) zusammengearbeitet. Es hat sich ganz klar herausgestellt, dass es sich hier um eine Ausweitung von Tierversuchen handelt, vor allem im Bereich gentechnische Veränderungen an Tieren. Das steht im Widerspruch zum erklärten politischen Ziel der Reduzierung von Tierversuchen und der Förderung von tierversuchsfreien Verfahren, wie es auf Bundes- EU- und OECD – Ebene verankert ist.

Link: Antrag Tierversuche am neuem Universitätslabor
http://www3.landtag-bw.de/WP13/Drucksachen/4000/13_4696_D.PDF

Eine Liste aller Tierschutzinitiativen der Grünen Landtagsfraktion kann auf meiner homepage: www.renate-rastaetter.de eingesehen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Renate Rastätter, MdL



RENATE RASTÄTTER
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

70176 Stuttgart
Konrad-Adenauer-Str. 12
Tel.: 0711 2063-680
Fax: 0711 2063-660
e-mail: Renate.Rastaetter@gruene.landtag-bw.de

An den
Minister für Ernährung und Ländlichen Raum
Herrn Peter Hauk
Kernerplatz 10
70182 Stuttgart

16.3.06

**Kein zurück zur Käfighaltung!
Abstimmungsverhalten der Landesregierung von Baden-Württemberg im Bundesrat am 20.3.06
und am 7.4.06**

Sehr geehrter Herr Landwirtschaftsminister Hauk,

Über 40 Millionen Legehennen müssen qualvoll in kleinen Drahtkäfigen leiden. Seit Jahren setzen sich Tierschützer und viele Landwirte für eine artgerechte Hennenhaltung ein. Im Jahr 2001 wurde das Ziel erreicht: Die Käfighaltung von Legehennen wurde von Renate Künast mit der neuen Legehennenverordnung ab 2007 verboten. Jetzt besteht die akute Gefahr, dass dieser Meilenstein für den Tierschutz wieder rückgängig gemacht wird.

Seit Mitte letzten Jahres versuchen die Länder Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen das Verbot der Käfighaltung rückgängig zu machen. Sie fordern längere Übergangszeiten für den herkömmlichen Batteriekäfig. In diesem Drahtgitterkäfig hat eine Henne eine Grundfläche von 450 bis 550 cm². Das ist gerade einmal eine dreiviertel Fläche eines DIN-A-4 Blattes. Zweitens fordern die drei Länder, dass das Verbot der so genannten „ausgestalteten Käfige“, das ab dem Jahr 2012 gelten soll, rückgängig gemacht wird. Die „ausgestalteten Käfige“ sollen unter dem Decknamen „Kleinvoliere“ auch nach 2012 dauerhaft zugelassen werden. Das heißt im Klartext: die tierquälerische Käfighaltung in Deutschland soll fortgesetzt werden. Über die Anträge dieser drei Länder entscheidet der Landwirtschaftsausschuss des Bundesrats am 20.3.03. Am 7.4. erfolgt dann die endgültige Entscheidung darüber im Plenum des Bundesrats.

Sehr geehrter Herr Minister Hauk, ich fordere Sie auf, diesen Anträgen nicht zuzustimmen. Lassen Sie sich nicht vor den Karren der deutschen Käfiglobby spannen. Denn es ist kein Zufall, dass ausgerechnet die Länder Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern die bundesweiten Vorkämpfer für die Wiedereinführung des Käfigs sind. In diesen Ländern sitzen schließlich die großen Käfigbarone mit ihren riesigen Käfighaltungen mit Millionen von Hennen.

Ich appelliere aus folgenden Gründen gegen diesen Rückschritt bei der Hennenhaltung:

1. Wir brauchen keine längeren Laufzeiten für den herkömmlichen Batteriekäfig über 2007 hinaus. Seit es die Kennzeichnungspflicht für Eier gibt, entscheiden sich unsere Verbraucherinnen und Verbraucher in Baden-Württemberg gegen Käfigeier. Alle großen Discounter bieten überwiegend Eier

aus Boden- und Freilandhaltung und Bioeier an. Wir können inzwischen den Bedarf in unserem Bundesland nicht einmal mehr selbst decken und müssen immer mehr Freiland Eier, sogar aus den östlichen EU – Ländern importieren. Die Landwirte hatten seit 2001 genügend Zeit zur Umstellung, die sogar mit Bundesmitteln gefördert wurde.

2. Die geplanten „Kleinvolieren“ sind nichts anderes als ausgestaltete Käfige. Dieser Käfig soll eine Höhe von 50 cm² haben und einem Huhn sollen lediglich 750 cm², also minimal mehr als ein DIN-A-4 Blatt zur Verfügung stehen. Hierbei handelt es sich um unterstes Tierschutzniveau. Die „Kleinvoliere“ bleibt weit hinter den Anforderungen an eine tiergerechte Haltung zurück. Artgerechte Verhaltensweisen wie Aufbaumen, Flattern und Flügelstrecken sind in der „Kleinvoliere“ nicht möglich.

3. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil im Jahr 1999 eindeutig festgelegt, dass die Käfighaltung von Hennen nicht tiergerecht ist und abgeschafft werden muss. Wer also jetzt die Käfighaltung unter einem verschleiern Namen fortsetzen möchte, verstößt gegen das Urteil des BVerfG und gegen das Tierschutzgesetz.

4. Gerade unsere kleinbäuerliche Landwirtschaft in Baden-Württemberg muss auf Qualität setzen. Nur so können wir unsere Arbeitsplätze in der Landwirtschaft erhalten und neue schaffen. Tiergerecht produzierte Nahrungsmittel müssen zu einem Markenzeichen unseres Bundeslandes werden.

Sehr geehrter Herr Minister Hauk, unser Bundesland hat als eines der ersten den Tierschutz in die Verfassung aufgenommen. Das Staatsziel Tierschutz hat nicht nur Appellcharakter, sondern verpflichtet unser Bundesland zu einem effektiven Schutz der Tiere. Es wäre eine Bankrotterklärung für den Tierschutz, wenn eine mit der Mehrheit des Bundestags und Bundesrats bereits abgeschaffte tierquälerische Haltungsform jetzt mit der Zustimmung unseres Bundeslandes wieder eingeführt würde.

Die Grünen haben im Bundestag einen Antrag für die Beibehaltung des Käfigverbots eingereicht. Sie gehen sogar noch einem Schritt weiter und fordern die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für ein EU-weites Verbot von Käfigbatterien stark zu machen. Ich fordere Sie auf, sich für diese Ziele im Bundesrat einzusetzen. Eine rückwärts gewandte Tierschutzpolitik darf es nicht geben: Käfig bleibt Käfig und ist Tierquälerei.

Lassen Sie mich noch abschließend ein Wort zur Debatte über den Käfig und die Vogelgrippe sagen. Diesen Argumenten der Käfiglobby darf man keineswegs auf den Leim gehen. Der Käfig schützt keinesfalls vor der Vogelgrippe. Ein Käfighaltungsbetrieb ist kein geschlossenes System, daher besteht auch hier Ansteckungsgefahr. Außerdem gibt es auch bei zeitweiliger Stallpflicht keinen Grund, freilaufende Hühner in Käfige zu sperren. Denn für das Huhn ist es ein erheblicher Unterschied, ob es im Stall in einen tierquälerischen Käfig gesperrt wird, oder sich tiergerecht verhalten und bewegen kann.

Ich fordere Sie deshalb mit Entschiedenheit auf:

- lehnen Sie die Anträge der Länder Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und NRW auf die Verlängerung der Laufzeit für herkömmliche Batteriekäfige und auf die dauerhafte Zulassung von strukturierten Käfigen (Kleinvolieren) ab.

- setzen Sie sich für die Beibehaltung der Legehennenverordnung aus dem Jahr 2001 ein und für ein EU-weites Verbot der Käfighaltung.

Mit freundlichen Grüßen

Renate Rastätter, MdL
Tierschutzpolitische Sprecherin, Fraktion GRÜNE

097/2006

Stuttgart, den 18.03.2006

Renate Rastätter (Grüne) appelliert an Agrarminister Hauk:

Tierquälerische Käfighaltung von Hennen darf nicht fortgesetzt werden!

Norddeutsche Länder wollen Legehennenverordnung rückgängig machen – Bereits am Montag entscheidet der Landwirtschaftsausschuss im Bundesrat

Die tierschutzpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag Renate Rastätter hat in einem Abgeordnetenbrief an den baden-württembergischen Landwirtschaftsminister Hauk appelliert, keiner Änderung der Legehennenverordnung von 2001, mit der die Käfighaltung von Legehennen ab 2007 verboten wird, zuzustimmen. Bereits am kommenden Montag berät der Landwirtschaftsausschuss des Bundesrates über einen Antrag der Länder Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen, die Übergangsfristen zu verlängern und sogenannte „Kleinvolieren“ („ausgestaltete Käfige“) zuzulassen. Damit soll – so Rastätter - die tierquälerische Käfighaltung wieder möglich sein. Bereits am 7. April 2006 steht dann die endgültige Entscheidung im Bundesrat an.

„Kein Zurück zur Käfighaltung!“ – so die Forderung der Karlsruher Landtagsabgeordneten jetzt in einem Schreiben an den baden-württembergischen Landwirtschaftsminister Hauk (CDU). Rastätter weist in dem Abgeordnetenbrief darauf hin, dass nach der Kennzeichnungspflicht der Eier Verbraucherinnen und Verbraucher selbst über die Art der Produktion mitentscheiden. Rastätter: „Und sie entscheiden sich überwiegend für Bioeier,

Eier aus Freiland- oder Bodenhaltung. Längere Laufzeiten für Batteriekäfige sind deshalb vollkommen überflüssig.“

Sie erinnerte den Minister daran, dass das Bundesverfassungsgericht bereits 1999 die Käfighaltung von Hennen in einem Urteil als nicht tiergerecht bezeichnet hat und deshalb abgeschafft werden muss. „Außerdem hat Baden-Württemberg als eines der ersten Bundesländer den Tierschutz in die Verfassung aufgenommen. Das Staatsziel Tierschutz hat nicht nur Appellcharakter. Tiergerecht produzierte Nahrungsmittel müssen zu einem Markenzeichen unseres Bundeslandes werden“, so Renate Rastätter. „Die Chance unserer Landwirtschaft ist die besondere Qualität biologischer und artgerechter Produktion.“

Auch die in dieser Debatte oft zu hörende Argument der aktuellen Bedrohung durch die Vogelgrippe habe mit der Käfighaltung nichts zu tun, warnte die Abgeordnete. „Die Vogelgrippe wird instrumentalisiert: Kein Käfig schützt vor Ansteckung, die Stallpflicht kann durch Bodenhaltung voll und ganz erfüllt werden; kein Grund also, freilaufende Hühner in Käfige zu sperren“, sagte Renate Rastätter. Käfigbatterien sollten in ganz Europa abgeschafft werden, dafür solle sich der Minister einsetzen.

Rastätter: „Es darf keine rückwärtsgewandte Tierschutzpolitik geben. Käfig bleibt Käfig und ist Tierquälerei.“